

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg

SPD



» EIN REGENBOGEN AM REICHSPARTEITAGSGELÄNDE

Ein Dialog gelingt mit Wertschätzung

» DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT STELLEN

Erster Bericht aus der Wahlnachlesekommission



Liebe Leserinnen und Leser,

Corona wird kein Phänomen des Jahres 2020 bleiben, sondern uns auch 2021 beschäftigen und einschränken. Die Bundesregierung unternimmt viele Anstrengungen, um die Wirtschaft zu stabilisieren und die Existenzen von Selbstständigen und Betrieben zu sichern. Eine leider eher untergeordnete spielen bisher in der öffentlichen Diskussion die sozialen Folgen der Pandemie. Die Kontaktbeschränkungen treffen vor allem Menschen, denen es vorher schon nicht gut ging. Die zunehmende Einsamkeit ist ein verborgenes Problem, aber dafür ein großes.

Mit den Schließungen von Kitas, Kinder- und Jugendhäusern, Spielplätzen und den Schulen im Frühjahr dieses Jahres haben sich aber auch die Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen stark verändert. Wo früher miteinander gespielt oder gelernt wurde, vertrieb man sich nun die Zeit mit Fernsehen, Computerspielen oder Handydaddeln. Nachhaltige Folgen hat dies vor allem für eher bildungsferne und leistungsschwächere Kinder. Auf diese Entwicklungen und Missstände müssen wir als Sozialdemokratie ein wachsames Auge haben und wo möglich gegensteuern.

Ich wünsche allen eine besinnliche Adventszeit, schöne Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch in ein – gesundes – neues Jahr.

Euer

Thorsten Brehm

“WIR DÜRFEN UNS NICHT ZURÜCKWERFEN LASSEN!”

DIE ARBEIT DES STRASSENKREUZER E.V. IN DER PANDEMIE

Foto: Beppo Minx

Ilse Weiß ist seit gut 20 Jahren Chefredakteurin beim Straßenkreuzer.

Von SONJA LARDEAU

“Penner ist so ein hässliches Wort. Wir sind doch alle Straßenkreuzer.” Gut 26 Jahre ist es her, dass Tina, eine obdachlose Frau aus Nürnberg, diesen Satz sagte und damit dem Magazin für soziale Themen seinen Namen gab. Inzwischen ist der Straßenkreuzer viel mehr als “nur” eine Zeitschrift. Es ist ein Verein mit zahlreichen Projekten, die alle aus der Arbeit des Straßenkreuzers entstanden sind. Viele Menschen haben durch den Verkauf des Magazins oder die Mitarbeit an einem der Projekte wieder etwas Struktur und Selbstachtung gefunden. Das Magazin mit seinen Inhalten, die Präsenz der Mitarbeiter des Straßenkreuzers überall in der Stadt, all dies trägt außerdem dazu bei, sozialen Themen wie Armut in all seinen Facetten ein Forum zu geben und Vorurteile abzubauen.

Dann begann die Corona Pandemie. Und natürlich ist seitdem auch die Arbeit des Straßenkreuzers von den Auswirkungen betroffen. Wie es dem Straßenkreuzer und seinen Mitarbeitern in dieser Zeit geht, darüber sprachen wir mit Frau Ilse Weiß, die seit nunmehr gut 20 Jahren Chefredakteurin des Magazins ist. Wir treffen die gebürtige Nürnbergerin in dem neuen Sitz des Vereins am Maxplatz, mitten in der Nürnberger Altstadt, in einem schön renovierten Fachwerkhause, das der Verein im letzten Sommer bezogen hat.

Zwischen Hoffen und Bangen

“Dass wir hier so zentral sind, zeigt, dass wir mit der Arbeit des Vereins und unserem Magazin Straßenkreuzer in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind”, freut sich die Chefredakteurin. “Wir sind genau da, wo wir mit »



Foto: Jessica Gert

Die Schreibwerkstatt ist offen für jeden und jede und bietet die Gelegenheit, gemeinsam kreativ aktiv zu sein.

unserer Arbeit und unseren Themen hinwollen.“ In unserem Gespräch wird deutlich, mit wieviel Herzblut sie bei der Sache ist und wie ihr Blick in die Zukunft zwischen Angst und Sorgen, aber auch Zuversichtlichkeit und einer “Wir packen das schon” Attitüde wechselt.

Weiß, die es mit ihrem Team geschafft hat, mit qualitativ hochwertigen Beiträgen, einem professionellen Vertrieb, dem Engagement der vielen freiwilligen Helfer und dem Verkaufsteam, den Straßenkreuzer in den 20 Jahren unter ihrer Leitung zu einem etablierten Magazin zu machen, schläft, wie sie sagt, im Moment schlecht. “Was soll ich denn machen?”, sagt sie. “Wir sind so machtlos. Wir können ja nicht einmal eine große Performance veranstalten, um mehr Kunden anzulocken.“ Es seien viel weniger Leute unterwegs und das mache sich natürlich in den Verkaufszahlen bemerkbar. “Ich habe mir kürzlich bei einem Kollegen am Bahnhof selbst eine Zeitung gekauft und er sagte zu mir: “Mensch du bis heute die Dritte, die mir was abkauft”, und der stand da schon Stunden. Das tut mir echt in der Seele weh”, so Weiß.

Ein Kaffee kostet mehr!

Für die Redakteurin ist es die Verunsicherung, die Verkäufern wie Kunden am meisten zusetzt. Leider würden viele als Reaktion ihren Geldbeutel zuschnüren und den Straßenkreuzer nicht (mehr) kaufen. Das letzte Mal habe sie eine ähnliche Situation bei der Umstellung auf den Euro erlebt. “Da hatten die Menschen auch plötzlich das Gefühl, sie haben viel weniger Geld”. Verständlich ist es, dass sie da manchmal denkt: “Echt Leute auch wenn Krise ist, es ist nicht viel Geld, 2 Euro 20. Da kostet selbst ein Kaffee mehr!” Es sei schon manchmal zum Verzweifeln, wie schnell wir (die Deutschen) unseren Geldbeutel zu machen würden und mahnt: “Wir müssen anpassen, dass uns Corona nicht zurückwirft.”

Besonders betroffen von der Pandemie ist das erst letztes Jahr gestartete Projekt “Spende

dein Pfand” am Nürnberger Flughafen. Dieses Projekt hat zwei Personen eine Festanstellung und zwei Personen einen Minijob verschafft. Durch den seit Beginn der Pandemie nur minimal existierenden Flughafenbetrieb ist es jedoch zwischenzeitlich bereits zu einem quasi Stillstand gekommen. Die Hoffnung ist, dass über Kurzarbeit wenigstens die zwei festen Stellen erhalten werden können, die durch das Projekt nebst zwei Minijobs geschaffen wurden. Dann sind da noch die erfolgreichen “Schichtwechsel” Stadtrundgänge, die den November über wieder nicht stattfinden können, die Straßenkreuzer Uni, die Schreibwerkstatt und der Deutschkurs. Alles Aktivitäten, die Obdachlosen oder von Armut betroffenen Menschen nicht nur ein oft wichtiges, zusätzliches finanzielles Einkommen geben, sondern auch Sinn und Hoffnung stiftend sind.

Wir glauben, wir hoffen

Trotz Sorgen ist Aufgaben nichts für die Chefredakteurin und ihr Team. Während des ersten Lockdown begann das Straßenkreuzer Team sofort ein Tagebuch auf Instagram und Facebook und erhielten darauf extrem positives Feedback und Unterstützung. So begannen Mitarbeiter von Linux Software Solutions ihre Essensgutscheine zu spenden und täten das bis heute, erzählt sie uns. “Da kam schon große Solidarität”, findet die tatkräftige Nürnbergerin, die in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag feierte. Dank der Spenden konnten sie während des vollen Lockdown im Frühjahr, wo der Straßenkreuzer gar nicht verkauft werden konnte, auch jedem der 80 Mitarbeiter 100 Euro pro Monat überweisen. “Wir wollten nicht, dass unsere Leute das Gefühl bekommen, sie seien jetzt sich selbst überlassen”, erklärt sie. Außerdem wurde eine Telefonkette ins Leben gerufen, um regelmäßig zu jedem Verkäufer Kontakt zu halten. Manche dieser Kontakte hielten sogar über den Lockdown hinaus Bestand, berichtet sie und meint: “Corona bewirkt also auch



Positives. Trotz gebotener Distanz sind manche Beziehungen intensiver geworden.”

Das finanzielle Bestehen des Vereins sei zumindest für dieses Jahr gesichert. Danach müsse man schauen. Doch noch viel mehr sorgt sie sich um die Auswirkungen, die die Entwicklungen auf die Menschen haben, für die der Straßenkreuzer finanziell und menschlich eine Art Anker ist. Wie um sich selbst Mut zu machen sagt sie: “Ich muss es gar nicht so negativ sehen. Wir werden es schaffen, wir werden auch dieses Jahr schaffen und wenn es sein muss auch unsere Leute nochmal unterstützen. Wir glauben, wir hoffen, es muss weitergehen!” Ob Ilse Weiß recht behält, hängt von der Entwicklung der Pandemie ab, aber auch davon, ob “wir” unseren Geldbeutel und unser menschliches Mitgefühl weiter zu schnüren.



Foto: Wolfgang Gillitzer

Die Anliegender Verkäufer werden durch einen gewählten Verkäufersprecher vertreten. Zur Zeit hat diese Aufgabe Steve Zeuner.

von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER
(in Zusammenarbeit mit Julia Ringler,
Lu Sommer, Manfred Endebrock
und Fabian Meissner)

Seit Beginn der Pandemie setzt sich der OV Lichtenhof dafür ein, dass die Grundrechte von alten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen in Nürnberger Pflegeheimen gewahrt bleiben und fordert klare ethische Positionen für alle Nürnberger Pflegeheime.

Heim kommt von Heimat

Im Pflegeheim sind die alten, eingeschränkten oder behinderten Menschen angewiesen auf das Pflege- und Betreuungspersonal, das sie versorgt und ihnen den Alltag im Heim lebenswert machen möchte. Doch seit Corona geht es nur noch darum, diese so genannte „vulnerable Gruppe“ zu schützen – koste es was es wolle. Am 13. März des Jahres erklärte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, dass er die Heimbewohner schützen werde, machte alle Heime dicht und sprach ein Ausgangsverbot aus. Dies war einer der schlimmsten Eingriffe in die Grundrechte der Menschen, die während der Pandemie stattfanden.

Die Bewohner*innen selbst werden nicht gehört: Der hochbetagten Gertraud (Name geändert) beispielsweise ist es, wie sie sagt, egal, ob sie an Corona oder Altersschwäche sterben sollte. Sie möchte nicht mehr weiterleben, wenn ihre Kinder und Enkel sie nicht mehr besuchen dürfen. Brigitte konnte ihre 92-jährige Mutter monatelang nicht besuchen; als es wieder möglich ist, erkennt die Mutter die Tochter nicht mehr. Die geistig behinderte Leonie schließlich hatte damit angefangen, Gegenstände zu zerstören. Sie verstand nicht, dass ihre Mutter die Wohngruppe, in der sie lebt, nicht mehr betreten durfte.

Aus der Krise gelernt?

Keine Besuche, keine Berührungen, von der Außenwelt abgeschnitten – all diese Szenarien aus der ersten Phase der Corona-Pandemie gehören doch wohl der Vergangenheit an? Schließlich gibt es jetzt ausreichend Schutzkleidung, Desinfektionsmittel, Masken und Tests für Besucher, Bewohner und Personal in den Heimen? Und es war ja Zeit genug, neue Konzepte zur kontrollierten Öffnung der Heime zu entwickeln?

Ja, es gibt nun Besuchs-Container im Garten, man darf die Zimmer der Bewohner wieder betreten, darf seine Angehörigen wieder täglich besuchen – aber nur, wenn man Glück hat und das Heim es gestattet. Denn es gibt zahlreiche Einrichtungen, die dies alles nicht oder nur zu einem geringen Teil erlauben, und zwar mit ausdrücklicher Billigung der Bayerischen Staatsregierung.

AUS DEM ERSTEN LOCKDOWN LERNEN

DIE HEIME DÜRFEN NICHT WIEDER VERGESSEN WERDEN! – DER OV LICHTENHOF FORDERT KLARE UND VERBINDLICHE ETHISCHE RICHTLINIEN FÜR ALLE NÜRNBERGER PFLEGEHEIME.

Besuch im Heim in Corona-Zeiten.
Foto: Jochen Mößler,
Fotobearbeitung: Herbert Reinecke

Staatsregierung schiebt Verantwortung auf Heime ab

Möglich macht das die „Lex Bavariae“, die vorsieht, dass es „grundsätzlich der Einrichtung vorbehalten bleibt, in Ausübung ihres Hausrechts, das Besuchsrecht von Voraussetzungen abhängig zu machen.“ (Rahmenkonzept für Alten- und Pflegeheime vom 26. Juni 2020) Das Konzept steckt dabei den Rahmen nicht ab, sondern vermeidet es, die Regelungen genauer zu fassen, beispielsweise bei den Kontaktmöglichkeiten auf Anzahl und Dauer von Besuchen konkret einzugehen. Die Verantwortung wird an die Heime weitergegeben, was zu einer Vielfalt, eher einem Wirrwarr von unterschiedlichen Regelungen führt. Das Nürnberg Stift übrigens hat seine aktuellen Besuchsregelungen auf der Homepage veröffentlicht und transparent gemacht, was keine Selbstverständlichkeit ist. Ein Blick in die Beschlüsse der Kanzlerin und der Regierungen der Länder vom 28.10.2020 zeigt, dass sich andere Bundesländern mehr Mühe geben und wesentlich konkreter werden:

> So dürfen Bewohner*innen in Baden-Württemberg pro Tag grundsätzlich von zwei Personen besucht werden, Angehörige müssen auch den Mindestabstand von 1,5m nicht einhalten.

> In Berlin wird betont, dass die Spielräume für Besuche unter Einhaltung der Hygieneanforderungen ausgeschöpft werden sollen und täglich Besuche von bis zu drei Personen möglich sind.

> In Hessen wird ausdrücklich erwähnt, dass Eltern ihre minderjährigen Kinder jederzeit besuchen dürfen.

> In Nordrhein-Westfalen schließlich wird deutlich auf das Recht der Bewohner*innen auf Teilhabe und soziale Kontakte hingewiesen; außerdem ist dem Beirat der Einrichtung die Gelegenheit zur Mitwirkung zu geben.

Hier übernehmen die Landesregierungen Mitverantwortung und lassen die Heime –

und damit die Bewohner*innen und ihre Angehörigen – nicht alleine, während in Bayern „vieles möglich ist“, verantwortliche und sinnvolle Regelungen, aber auch rigide und inhumane Einschränkungen zum Nachteil der Bewohner*innen und ihrer Angehörigen.

Klare ethische Richtlinien für alle Heime

Der OV Lichtenhof mit seiner Vorsitzenden Julia Ringler und einem Kreis von Aktiven hat Bewohner*innen und Angehörige befragt, Kontakt zu Heimen aufgenommen, Informationen zu ethischen Fragestellungen diskutiert und ist zu der Einschätzung gelangt, dass die Entwicklung von Standards in allen Nürnberger Pflegeheimen dringend notwendig ist. Dazu sollen eine Ethik-Kommission gegründet und/oder eine Ethik-Konferenz durchgeführt werden mit dem Ziel, ethisch klare Positionen zu erarbeiten, die in den Nürnberger Pflegeheimen den Wunsch nach Schutz des Lebens mit den Bedürfnissen und Rechten aller Menschen in Einklang bringen sollen - Richtlinien, an die sich alle Nürnberger Pflegeheime, private wie öffentliche, im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung halten.

Fabian Meissner, der „Lichtenhofer“ Stadtrat, hat die Idee in den Stadtrat getragen und mit Jasmin Bieswanger, der gesundheitspolitischen Sprecherin unserer Partei im Rat, und unserem Fraktionsvorsitzenden Thorsten Brehm engagierte Mitstreiter*innen gefunden. Ein entsprechender Antrag wurde bereits an den Oberbürgermeister Markus König gestellt. Auch die Presse hat die Vorschläge schon aufgegriffen und darüber berichtet.

Eines ist sicher: Es wird nie eine einfache Lösung geben zwischen der Sicherheit aller und der Selbstbestimmung des Einzelnen. Eine Situation wie in der ersten Phase der Pandemie allerdings, auch das ist klar, darf sich nie mehr wiederholen. Und noch eines ist sicher: Es eilt, denn - Corona ist zurückgekommen!



EIN REGENBOGEN AM REICHSPARTEITAGSGELÄNDE

EIN DIALOG GELINGT MIT WERTSCHÄTZUNG!

Vorsitzender Thorsten Brehm (links) und der kulturpolitische Sprecher Michael Ziegler (rechts) auf der Steintribüne.

von MICHAEL ZIEGLER

Nürnberg wurde nicht Kulturhauptstadt. Aber eine anonyme Gruppe hatte der Stadt genau an jenem Tag ungefragt einen Regenbogen geschenkt. Das sogenannte Regenbogenprä-ludium, ein Symbol, das genau den Gegensatz jeglicher Nazi-Ideologie ausdrückt, zersetzt also jene Steine, aus denen die Zeppelin-Tri-büne besteht. Was für ein kraftvolles Bild. Doch die Stadt hatte es eilig mit dem Entfernen der Farben. Die Kulturbürgermeisterin findet das Werk zwar toll. Aber man hätte es absprechen müssen. Hätte es das Werk dann je gegeben?

Seit Ende des Krieges überlegen wir uns, wie wir (auch natürlich temporär, wie es dieser Regenbogen will) mit dem braunen Erbe umgehen. Und eine unbekannte Künstlergruppe hat eine einfache und für jeden verständliche Sprache dafür gefunden.

Was darf und muss Kunst? Eine uralte und immer wieder gestellte Frage. Rein theoretisch ist das ziemlich klar. Kunst muss mutig sein, Kunst muss interventionistisch sein und Kunst muss sich den öffentlichen Raum erobern. Und Kunst muss man aushalten können. Das passiert auch mit genehmigter Kunst wie dem Stuhlturm am Hauptmarkt seinerzeit. Auch der war übrigens vorübergehend.

Rechtlich ist das Regenbogen-Präludium wohl Sachbeschädigung. Aber die Nazizeit hat Nürnberg mehr als sachbeschädigt für alle Zeiten. Das Künstlerkollektiv hatte auch gar keine Sachbeschädigung vor, sondern eine kurzfristige Intervention, die der Regen wieder abwäscht.

Was ist die Aufgabe der Kulturpolitik? Sich für die mutigen, interventionistischen Künstlerinnen und Künstler einzusetzen. Und dies tun wir hiermit. Im Bewerbungsbuch für die Kulturhauptstadt waren genau solche Projekte eingefordert worden. Was darf und muss also Kunst und Kultur gerade jetzt nach dem Bewerbungsverfahren um die Kulturhauptstadt 2025? Wir fordern die Stadt auf, in diesem besonderen Fall die Anzeige gegenüber den Künstler*innen zurückzunehmen. Denn wenn man, wie die Kulturbürgermeisterin einen Dialog anbietet, dann kann man nicht gleichzeitig eine Anzeige laufen lassen. Ein Dialog gelingt mit Wertschätzung.



Deutschlandweit wurde das Regenbogenprä-ludium gefeiert. Historiker Norbert Frei im Deutschlandfunk: „Ich finde, diese anonyme Gruppe hat wirklich gezeigt, was Kunst vermag, wenn sie sich gesellschaftskritisch versteht. Es ist ja auf höchst treffende, ich würde fast sagen amüsante Weise, demonstriert worden, wie man diese gewalttätige Naziarchitektur intelligent dementieren kann.“

Aus der Vielzahl von Zuschriften schrieb mir eine Freundin: „Es wirkt beschämend, dass wasserlösliche Farbe als störender bewertet

wird, als die Unversehrtheit eines Symbol für eine Massen mordende Diktatur.“

Was ist also zu tun? Thorsten Brehm und ich haben dazu neun Standpunkte zusammengefasst und möchten sie euch hier präsentieren. Was sagt ihr dazu? Schickt gern euren Standpunkt an michael.ziegler@spd-nuernberg.de.

Neun Standpunkte zur Debatte um das Regenbogen-Präludium und den Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände von Thorsten Brehm und Michael Ziegler

1. Das „Regenbogen-Präludium“ eines anonymen Künstlerkollektivs auf der Zeppelintribüne war stark in Bild und Botschaft und schaffte es, viel an emotionaler Begeisterung auszulösen. Es setzte einen sichtbaren und bunten Kontrast zu der totalitären Architektur und der damit einhergehenden rassistischen Ideologie der NS-Volksgemeinschaft. Der Regenbogen ist nicht nur ein Symbol für die LGBT+ Community sondern für eine liberale Gesellschaft und die Vielfalt an Lebensformen. In der veröffentlichten Meinung ist das „Regenbogen-Präludium“ über Tage hinweg, auch bundesweit, positiv gewürdigt worden.

2. Die künstlerische Intervention baut auf den gesellschaftlichen Freiräumen für die Nutzung und Auseinandersetzung mit dem Gelände auf, die die Kontrapunkte und Interventionen früherer Jahre und Generationen ermöglichten. Das begann spätestens 1978 mit dem Konzert von Bob Dylan, einem Weltmusiker mit jüdischen Wurzeln, der in Nürnberg vor 80.000 Menschen spielte. All diese Aktivitäten wirkten der Mystifizierung des Areals entgegen und entzauberten die größtenwahnsinnige Architektur, die 1.000 Jahre halten sollte.

3. Das über Nacht installierte Prä-ludium und die mit zeitlichem Hochdruck durchgeführte Entfernung ebendieses haben eine facettenreiche Debatte angestoßen. Dieser „Aufreger“ tut gut und liefert einen – in positiver Hinsicht – streitbaren und spannenden Debattenbeitrag einer neuen (künstlerischen) Generation.

4. In der öffentlichen Diskussion kam schnell die Frage auf, ob es sich bei der Anbringung der Farbe um Sachbeschädigung an einem Denkmalobjekt handelt. Ja, natürlich beschädigt die Farbe eine materielle Sache, den Stein. Aber sie beschädigt eben nicht die ideale Sache, unsere Leitlinien und Vorstellungen vom Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände sowie den Werten der Stadt des Friedens und der Menschenrechte. Ganz im Gegenteil: Die Aktion baut darauf auf. Das muss bei der Anzeige der Sachbeschädigung bzw. deren wünschenswerten Rücknahme Berücksichtigung finden.

5. Die 2004 vom Stadtrat einstimmig verabschiedeten „Leitlinien/Leitgedanken zum künftigen Umgang der Stadt Nürnberg mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände“ haben im Großen und Ganzen an Aktualität nichts verloren und setzen einen geeigneten Rahmen für den Umgang mit Gelände. Punktuell müssen sie weiterentwickelt werden. Das zeigt auch die Reaktionen der Stadtspitze auf das „Regenbogen-Präludium“.

6. Aufbauend auf den Leitlinien braucht es ein Umsetzungskonzept, das diese auch mit Leben füllt. Insbesondere für die „angestrebten künstlerischen Auseinandersetzungen“ gab es ehrlicherweise bisher kein Konzept (und keine finanziellen Mittel). Hier blieb die Stadt unter ihren Möglichkeiten und hätte losgelöst vom Bewerbungsprozess für die Kulturhauptstadt 2025 schon eher mehr tun können. Zuletzt kam immer wieder Kritik auf, dass die Stadt hier Ideen eher ausbremst. Ergänzend zur musealen und pädagogischen Arbeit braucht es deshalb endlich ein kuratiertes Programm für temporäre künstlerische Aktionen und Nutzungen. Damit bekommt auch die gesellschaftliche Debatte, welche Form von Kunst dort ermöglicht werden soll und wer dies wie legitimiert, einen Rahmen.

7. Das Doku-Zentrum mit dem Studienforum ist der bisherige Nukleus für die Auseinandersetzung mit dem Reichsparteitagsgelände und der NS-Zeit. Wir wollen diesen Nukleus weiterentwickeln und nicht nur das Museum als Lernort erweitern und stärken. Integraler Bestandteil dieses Lernorts ist die Zeppelintribüne, für deren Erhalt, Trittfestmachung und historisch-politische Bildung vor Ort wir uns weiterhin stark machen. Dies soll auch für die nachfolgenden Generationen ermöglichen, eine eigene Form des Umgangs zu finden und mit eigenen Antworten auf die NS-Hinterlassenschaft zu reagieren.

8. Wir halten auch ohne Kulturhauptstadt-Titel an der Idee fest, die Kongresshalle zu einem Ort für Kunst und Kultur zu machen. Für das Gebäude verbunden mit dem Innenhof braucht es ein Gesamtkonzept, das auch ein solides Finanzierungsmodell beinhaltet. Dazu sollte ein internationaler Ideenwettbewerb ausgelobt werden, der Anregungen für die zukünftige Nutzung und Ausgestaltung der Kongresshalle gibt.

9. Ein Prä-ludium ist ein Werk mit eröffnendem oder hinführendem Charakter. Wir hoffen, dass dies nicht nur das Prä-ludium für einen Regenbogen war, sondern eines für eine neue Etappe in der Auseinandersetzung mit dem Gelände und der interventionistischen Kunst im öffentlichen Raum der gesamten Stadt.

100 JAHRE NÜRNBERGER AWO IN CORONA-ZEITEN



von KERSTIN GARDILL

Ganz anders hatten wir es geplant, das Jubiläumsjahr der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt. Eines der Highlights wäre ein großer Empfang für die Ehrenamtlichen im historischen Rathausaal gewesen, und zwar exakt am 100-jährigen Geburtstag der Nürnberger AWO – am 25. November 2020. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer haben seit diesen 100 Jahren ihres Bestehens eine zentrale Rolle innerhalb der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt. Ohne ihre Arbeit und Unterstützung wäre das breite Hilfsangebot der AWO-Nürnberg niemals möglich gewesen. Der Empfang war als Dankeschön gedacht und musste – jeder kann es sich an dieser Stelle denken – coronabedingt abgesagt werden. Ganz aufgegeben hatten wir die Hoffnung auf einen kleineren Festakt noch nicht, dachten wir doch an eine kleine Veranstaltung am Gründungsort der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt in der Aula des Melanchthongymnasiums, damit zumindest wenigen Vertreterinnen und Vertretern der Ehrenamtlichen „Danke“ gesagt werden konnte. Auch das ließ sich nicht realisieren. Ebenso wie die zahlreichen und vielfältigen Aktivitäten und Feste, die viele der 23 Ortsvereine der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt geplant hatten.

Gelungen ist uns glücklicherweise noch der Auftakt des Jubiläumsjahres: Franz Müntefering hatte es sich nicht nehmen lassen zu Beginn des Jahres zu uns nach Nürnberg zu kommen, um sich anlässlich des AWO- Geburtstages mit Ehrenamtlichen und hauptamtliche Beschäftigten auszutauschen. Gelungen sind glücklicherweise auch die Interviews, die ich mit insgesamt 19 Persönlichkeiten der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt noch vor der Pandemie führen konnte. Auch die historischen Schätze, die seit vielen Jahrzehnten im Keller des Karl-Bröger-Hauses lagerten, konnten wir sicher im Nürnberger Stadtarchiv verwahren – gerade noch rechtzeitig vor einem plötzlich hereinbrechenden Wasserschaden. Vorher hatten wir tagelang damit verbracht, Ordner und Akten zu sichten, mit dem Ergebnis, dass wir 538 histo-

risch relevante Akten ausmachen konnten – in Archivsprache spricht man hier von circa 43 laufenden Metern! Besonders wertvoll im historischen Kontext waren originale Fotoaufnahmen von AWO-Nähstuben, der Originalbauplan des Kindergartens „Am Bauernwald“ und ein AWO-Jahresbericht aus dem Jahr 1931. Besonders wertvoll deshalb, weil es bis auf die Berichterstattung der ehemaligen sozialdemokratischen Tageszeitung „Fränkische Tagespost“, kaum Quellen aus der Zeit der Weimarer Republik gibt.



Gefreut haben wir uns auch sehr darüber, dass die Geschichte der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt einem breiteren Publikum näherbringen konnten, indem wir sieben Artikel im Stadtanzeiger der „Nürnberger Nachrichten“ und „Nürnberger Zeitung“ veröffentlichten konnten. Des Weiteren haben wir die ursprünglich geplante Jubiläumspublikation deutlich erweitert und aufgewertet. Sie enthält neben den eben erwähnten besonderen Fundstücken zahlreiches Bildmaterial, das zum Großteil aus dem AWO-Keller und aus privaten Bildbeständen besteht. Die Publikation stützt sich ausschließlich auf Primärquellen und, soweit möglich, auf Zeitzeugengespräche. Sie wird in Kürze erscheinen.

Zu guter Letzt konnte mit der Neugestaltung des Nürnberger Marie-Juchacz-Parks doch noch ein sichtbares uns bleibendes Zeichen gesetzt werden, das den Nürnberger Stadtteil St. Leonhard zudem weiter bereichert. Die Präsidentin der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt Angelika Weikert konnte den neu angelegten Park im Südwesten der Nürnberger Altstadt gemeinsam mit Bürgermeister Christian Vogel vor Kurzem eröffnen.

DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT STELLEN

ERSTER BERICHT AUS DER WAHLNACHLESEKOMMISSION



In der ersten Sitzung der Wahlnachlesekommission berichtete unter anderem Reiner Pröß von den Erfahrungen früherer Wahlnachlesekommissionen.

von CANAN CANDEMIR

Liebe Genossinnen und Genossen,

gemeinsam haben wir nach der Kommunalwahl beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die den Wahlkampf und die Kampagne unter strategischen, inhaltlichen, personellen, sowie organisatorischen Gesichtspunkten analysieren und Handlungsempfehlungen für die Zukunft formulieren soll.

Die Mitglieder der Kommission wollen gemeinsam der SPD Nürnberg den Rücken stärken und die Weichen für eine erfolgreiche Kommunalwahl 2026 stellen. Deshalb wird sich die Arbeit der Kommission nicht auf die Benennung von vergangenen Fehlern beschränken, sondern stattdessen stark zukunftsorientiert konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeiten.

Die Kommission hat ihre Arbeit erst im September aufnehmen können. Die lange unsichere Planungssituation für persönliche Treffen aufgrund von Corona sind der Grund für den verzögerten Start. Zudem sollten zunächst die Ortsvereine die Möglichkeit erhalten, Mitglieder für die Kommission zu benennen, was aufgrund der aktuellen Situation ebenfalls etwas länger gedauert hat als sonst.

Mittlerweile haben wir in den ersten Plenumsitzungen gemeinsam unsere Arbeitsweise, die Organisation und die zu behandelnden Themen festgelegt. Von Seiten des Unterbezirksvorstandes und der Stadtteilverordnungen wurden vorab bewusst keinerlei Vorgaben gemacht.

Die Kommission hat entschieden, fünf Arbeitsgruppen zu bilden. Die Arbeitsgruppen sind bereits einberufen und behandeln selbststän-

dig konkrete Themenkomplexe. Zusammen werden sie sich regelmäßig im Plenum zu den aktuellen Arbeitsständen austauschen.

Gerne möchte ich hier die übergeordneten Themenkomplexe der fünf Arbeitsgruppen nennen, zu denen jeweils eine Vielzahl an weiteren Arbeitsschwerpunkten gehört:

- > Wahlkampf
- > Außenwahrnehmung
- > Profil
- > Kandidatinnen und Kandidaten
- > Datenaufarbeitung und Datenanalyse

Die Kommissionsmitglieder haben vereinbart, ihre Arbeit kontinuierlich den OV-Vorsitzenden, den Arbeitsgemeinschaften und den Arbeitskreisen zu spiegeln. Auch wollen wir euch in regelmäßigen Abständen hier im

Springenden Punkt über den aktuellen Stand unserer Arbeit informieren.

Für erste Berichte aus den Arbeitsgruppen müssen wir euch allerdings noch um etwas Geduld bitten. Corona und die Suche nach einigermaßen adäquaten Ersatzformaten für persönliche Treffen der Arbeitsgruppen erschweren uns aktuell erneut die Arbeit. Aber wir werden auch mit dieser Situation umgehen und euch hoffentlich schon bald erste Ergebnisse präsentieren können.

Falls ihr Fragen oder Anregungen habt, könnt ihr euch gerne jederzeit an uns wenden. Schreibt uns hierzu einfach eine E-Mail an wahlanalyse@spd-nuernberg.de.

Mit solidarischen Grüßen
Eure Canan

100 Jahre echt engagiert!

AWO Nürnberg

Mitglied werden und gewinnen!

Unter allen Menschen, die 2020 neue AWO-Mitglieder in Nürnberg werden, verlosen wir attraktive Preise:
Jedes 20. neue Mitglied erhält ein AWO-Überraschungspaket inkl. fairem AWO-Kaffee.
Jedes 20. neue Familienmitglied erhält eine Familientageskarte für den Tiergarten.

Anmeldeformulare gibt es unter:
Telefon: 0911 / 4506 0162, E-Mail: gisela.haussmann@awo-nbg.de
oder auf unserer Homepage www.awo-nuernberg.de/mitglied-werden



von GABRIELA HEINRICH, MdB

In diesem Jahr investieren wir auf Bundesebene mit Rekordniveau. Dafür hat sich die SPD stark gemacht, und wenn es nach uns geht, dann geht das auch so weiter. Viele der Investitionen kommen auch in Nürnberg an oder stehen in den Startlöchern. Und auch die Hilfe im Zusammenhang mit Corona geht weiter.

Im Bundestag steht die Haushaltswoche vor der Tür, in der wir den Bundeshaushalt für 2021 beschließen. Dabei geht es auch um die Finanzplanung für die kommenden Jahre. Vizekanzler Olaf Scholz hat vorgeschlagen, für die kommenden Jahre 2021 bis 2024 rund 200 Milliarden Euro für neue Investitionen einzuplanen. Für das kommende Jahr sind davon schon über 50 Milliarden Euro vorgesehen – auch das wäre ein neuer Rekord. Wichtig ist uns dabei, in die Zukunft zu investieren: Bildung, Forschung, Infrastruktur. Von Künstlicher Intelligenz, Digitalisierung, Wasserstoffstrategie, Klimaschutz bis hin zu Schulen.

Eigentlich sind ja die Bundesländer zuständig für die Schulen. Die SPD möchte aber Impulse geben, damit vor Ort auch wirklich etwas passiert und Investitionen nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden. Deswegen hatten wir schon unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung angefangen, Bundesmittel zugunsten von Ganztagschulen zur Verfügung zu stellen. Und deswegen hatten wir ein Schulsanierungsprogramm durchgesetzt und zuletzt auch den milliardenschweren Digitalpakt Schule. In Zeiten von Corona gehen wir noch weiter: Wir finanzieren mit jeweils 500 Millionen Euro Laptops für die Schülerinnen und Schüler sowie Belüftungssysteme.

BUNDESMITTEL KOMMEN IN NÜRNBERG AN

Da die SPD in der Großen Koalition eine Grundgesetzänderung durchgesetzt hat, darf der Bund nun auch mehr in die Bildung investieren. Und das nutzen wir! Aktuell haben wir im Bundestag gerade das Ganztagsfinanzierungsgesetz beschlossen. Das war ebenfalls etwas, was die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hatte. Mit dem Gesetz richten wir ein Sondervermögen von zunächst 2 Milliarden Euro ein, um den Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter zu finanzieren. Mit den Investitionen wollen wir wieder einen Anstoß geben: Denn wir wollen ab 2025 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Bis dahin müssen wir – auch die Länder – kräftig investieren.

Es wird noch etwas dauern, bis die Bundesmittel für die Ganztagsbetreuung in Nürnberg ankommen. Aber schon jetzt fließen viele Bundesmittel, um die Lebensqualität vor Ort zu verbessern. Das hat damit zu tun, dass wir auf Bundesebene die Mittel für den Städtebau nach dem Kahlschlag unter der schwarz-gelben Bundesregierung wieder hochgefahren und darüber hinaus ausgebaut haben. Aktuell gab es gerade „grünes Licht“ für 4,5 Millionen Euro aus dem neuen Programm „Modellprojekte zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen“ für den Züricher Park in Großreuth bei Schweinau. Hier unterstützen wir die Investition in neue Grünflächen im Zusammenhang mit der neuen U-Bahnstation. Neben Raum für Freizeit soll dabei auch Raum für Insekten entstehen – geplant ist die gezielte Anpflanzung von pollen- und nektarspendenden Gehölzarten. Geld gibt es jetzt auch für die Jungbaumpflege in Nürnberg.

Es gibt weitere gute Nachrichten. Aus unserem Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten fließen 1,5 Millionen Euro nach Nürnberg: Rund 1 Million Euro werden für die Skateanlage Münchener Straße zur Verfügung gestellt. Für den Skatepark Witschelstraße gibt es rund 100.000 Euro und für die Ballsportanlage Austraße fast 400.000 Euro. Für uns bedeutet Städtebauförderung eben auch die Förderung von Sportanlagen und Grünanlagen – denn diese gehören zur Lebensqualität vor Ort dazu und bieten außerdem Raum für Gemeinschaft und miteinander. Gerade in Zeiten wie diesen.

Die Corona-Pandemie hat auch viele Betriebe in Nürnberg in eine schwierige Lage gebracht. Über 600 Betriebe haben in Nürnberg Kredite in einem Volumen von insgesamt rund 228 Millionen Euro im Rahmen der Corona-Hilfe durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgenommen – zu sehr günstigen Bedingungen. Neben den Krediten gibt es die Zuschüsse zu den Betriebskosten. Das ist sozusagen eine staatliche Investition, damit Betriebe – und die daran hängenden Arbeitsplätze – die Krise überstehen, wenn die Einnahmen wegbrechen. Diese Hilfe verlängern wir jetzt als „Überbrückungshilfe III“. Das neue Programm soll bis Juni 2021 laufen und – das war uns wichtig – erstmals auch Solo-Selbstständige berücksichtigen, die keine Betriebskosten haben.

Ich hoffe sehr darauf, dass 2021 das Jahr wird, wo wir Corona hinter uns lassen können. Die Meldungen zu den verschiedenen Impfstoffen machen Hoffnung. Auf Bundesebene haben wir bereits die Weichen gestellt, damit es schnell losgehen kann, wenn es soweit ist. Bis dahin müssen wir weiter aufeinander aufpassen und uns schützen. Immerhin aber mit einem Licht am Ende des Tunnels. Ich wünsche Euch und Euren Familien ein frohes Fest und uns allen ein gutes und gesundes neues Jahr!

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Andreas Mittelmeier
Redaktion: Thorsten Brehm, Vanessa Kurowski, Nicole Scharrer
Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg
E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de
Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



von ARIF TAŞDELEN, MdL

Die Corona-Pandemie hat uns weiter fest im Griff. Auch mit Blick auf das neue Jahr liegt vieles weiter im Unklaren. Es wird weiter wichtig sein, dass wir uns und andere schützen und gemeinsam dazu beitragen, die Pandemie einzudämmen. Fest steht: Wir können die weitere Entwicklung der Pandemie nicht vorhersehen. Trotzdem ist es an der Zeit, einen kritischen Blick auf die vergangenen Monate zu werfen. Wir sollten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie überprüfen und die nötigen Konsequenzen ziehen. Nur wenn wir aus unseren Fehlern lernen, können wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle eine Dinge kurz erwähnen, die wir meiner Meinung nach aus der letzten Zeit mitnehmen sollten:

...Familien brauchen Unterstützung

Insbesondere die Schul- und Kitaschließungen stellten viele Eltern vor große Herausforderungen. Eine erneute komplette Schließung der Schulen und Kitas sollte das letzte Mittel sein. Denn Kinder brauchen den Kontakt zu Gleichaltrigen, in schwierigen Zeiten sogar umso mehr.

...Wir dürfen niemanden allein lassen.

Die Besuchsverbote machten die Situation für viele Menschen in Pflege- und Altenheimen noch unerträglicher. Klar ist, dass wir ältere und schwächere Menschen in besonderem Maße vor einer Infektion schützen müssen. Dabei ist in den vergangenen Monaten aber oft der Schutz der seelischen Gesundheit aus dem Blick geraten. Wir brauchen deshalb klare Hygienekonzepte für unser Alten- und Pflegeheime und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, damit Besuche weiterhin sicher möglich sind.

...Junge Menschen in den Blick nehmen.

Junge Menschen leiden besonders unter der Krise und den Kontaktbeschränkungen. Ich finde es unmöglich, dass junge Menschen zu Sündenböcken gemacht werden. Die allermeisten Jugendlichen haben sich bisher an die Regeln gehalten und verzichtet seit Monaten auf ihre Jugend. Wir dürfen sie in der Krise nicht aus dem Blick verlieren. Deshalb setze ich mich auch dafür ein, dass Jugendzentren und Einrichtungen der Jugendarbeit geöffnet bleiben, soweit es das Infektionsgeschehen zulässt.

...Wir müssen einen Riesen-Sprung bei der Digitalisierung machen.

Das gilt für das Lernen Zuhause ebenso wie fürs Home-Office. Wir als SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag haben gleich zu Beginn der Krise kostenlose Laptops als Leihgeräte



LEHREN AUS DER CORONA-KRISE

Foto: Susie Knoll

für Schüler*innen und Lehrer*innen gefordert. Denn beim digitalen Unterricht hapert es auch in Bayern immer noch. Diese Erkenntnis aus der Krise sollten wir nutzen, um die Digitalisierung unserer Schulen endlich anzupacken.

...Kunst und Kultur sind systemrelevant.

Kulturschaffende, Schausteller und Marktkaufleute haben seit Monaten enorme Einkommenseinbußen. Das Hilfsprogramm der Staatsregierung scheiterte an einer zu komplizierten Antragstellung. Viele Veranstaltungen werden auch im nächsten Jahr nicht möglich sein. Deshalb brauchen wir schnelle und unbürokratische Hilfen für unsere Kulturschaffenden und Marktkaufleute. Nur so können wir unsere vielfältige Kunst- und Kulturszene in Bayern erhalten.

...Wir brauchen klare Regelungen mit Augenmaß.

Viele Menschen verzichten seit Monaten auf Besuche von Angehörigen, Ausflüge, Feiern, kulturelle Events, Hobbys und vieles mehr. Damit die Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie weiter mittragen, müssen diese transparent und nachvollziehbar sein. Ich denke beispielsweise an die Schließung der Gastronomie und Hotellerie im November: Damit wurden genau diejenigen bestraft, die gute Hygienekonzepte entwickelt haben und umorgani-

siert und umgebaut haben, um ihre Gäste sicher zu empfangen. Wir sollten diese Schließungen kritisch prüfen und korrigieren, um der Gastronomie und Hotellerie wieder verlässliche Perspektiven zu geben. Wichtig ist auch: Alle Regelungen müssen verständlich sein. Aus der Vielzahl der Verordnungen und Beschlüsse der Bundesregierung und der Bundesländer ergab sich ein großes Wirrwarr an Regeln. Für die Zukunft brauchen wir ein abgestimmtes Vorgehen von Bund und Ländern statt des bisherigen Flickenteppichs.

Wir haben zu diesen und vielen anderen Themen im Landtag parlamentarische Initiativen eingebracht. Ich versichere euch/ Ihnen, dass wir auch weiterhin die Arbeit der Regierung konstruktiv begleiten, den Finger in die Wunde legen, aber auch konkrete Lösungsvorschläge machen werden.

Insbesondere möchte ich an dieser Stelle sagen: Durch diese Krise kommen wir nur gemeinsam. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der Nachbarn sich gegenseitig anschwärzen. Bleiben wir also solidarisch und nehmen wir aufeinander Rücksicht.

Ich wünsche euch/ Ihnen und euren/ Ihren Familien von Herzen eine schöne Weihnachtszeit und für das neue Jahr viel Glück und Gesundheit.

von STEFAN SCHUSTER, MdL

Viele Themen rund um die Polizei sind in den letzten Monaten im öffentlichen Diskurs. Braucht es eine Studie über Rassismus in der Polizei? Gibt es genügend Beschwerdestellen? Ist die Ausstattung der Polizei ausreichend oder soll z.B. mit Bodycams nachgerüstet werden? Welche Zusatzaufgaben muss die Polizei in der Corona-Krise übernehmen? All diese Fragen beschäftigen uns Abgeordnete und auf die wenigsten hat die Staatsregierung bisher befriedigende Antworten gegeben. Ich habe deshalb ein Positionspapier zu den verschiedenen Themenbereichen in die SPD-Landtagsfraktion eingebracht, um uns für die kommenden Debatten inhaltlich aufzustellen. Außerdem habe ich mich mit Innenpolitikern der SPD aus den anderen Landtagen und aus dem Bundestag digital zum Austausch getroffen.

Regelmäßig treffen sich die Innenpolitiker der SPD zum Austausch über Innen- und Sicherheitspolitik. Die innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktionen und die von uns gestellten Innenminister kommen zusammen und beraten über aktuelle Herausforderungen und Fragestellungen. Die SPD macht sich in allen Parlamenten die Mühe, alle Positionen abzuwägen, statt einfache Antworten zu geben. Aufgrund der aktuellen Debatten lag der Fokus der Konferenz auf verschiedenen Themen rund um die Polizei. Ein Thema, das medial derzeit viel Aufmerksamkeit genießt ist Rassismus und das sogenannte „Racial Profiling“ in den Reihen der Polizei. Wir haben uns deshalb intensiv damit auseinandergesetzt,

Adventskalender

Die SPD Muggenhof hält im Dezember einige Überraschungen bereit! Jeden Tag kann man im Online-Adventskalender etwas gewinnen. Die Preise reichen von spannenden Büchern, Kino und Theatertickets, bis hin zu Gutscheinen und einem Füllfederhalter.

Mitmachen kann man unter muggenhof-spd.de/projekte/adventskalender oder unter folgendem QR-Code.



POLIZEI – AUFGABE DER LÄNDER!

Die Konferenz der SPD-Innenpolitiker*innen fand dieses Mal digital statt.

setzt, wie Vorfälle aufgearbeitet werden müssen und wie wir uns ein Bild über die Lage verschaffen können. Uns ist dabei sehr wichtig, dass durch die Aufarbeitung dieses Themas das Vertrauen in die Polizei gestärkt und wiederhergestellt wird, anstatt Misstrauen zu schüren.

Viel Raum nahm in der Diskussion auch der Umgang mit Corona-Leugnern ein. Können unsere Sicherheitsbehörden die seit dem Ausbruch der Pandemie neu entstandenen Aufgabenfelder (insbesondere die Kontrolle der Schutzmaßnahmen) bewältigen, ohne dass sie andere Aufgaben vernachlässigen müssen? Wie erschweren die Auflagen die Polizeiarbeit selbst? Die Erfahrung aus den Bundesländern zeigt, dass unsere Beamten einen guten Job unter schwierigen Bedingungen machen. Die Teilnehmer der Konferenz fanden aber sehr deutliche Worte zu den Vorkommnissen in Leipzig. Dort wurde auf einer Demonstration von tausenden Menschen gegen Maskenpflicht und Abstandsgebot verstoßen, ohne dass dagegen entschieden vorgegangen oder die Veranstaltung konsequent aufgelöst wurde.

Positionierung der SPD-Landtagsfraktion

Die von uns beratenen Fragestellungen sind auch im Bayerischen Landtag relevant. Ich habe mir deshalb die Zeit genommen, um abseits der täglichen Arbeit Forderungen und Positionen rund um den Themenkomplex Polizei auszuarbeiten. Im November hat die Landtagsfraktion über das Positionspapier beraten und im Detail daran gefeilt. Die SPD-Landtagsfraktion hat nun klare Antworten auf die Fragen nach ausreichend Personal, guter Ausrüstung, dem Umgang mit

Angriffen auf Einsatzkräfte, der Aufarbeitung von rassistischen Vorfällen, dem Polizeiaufgabengesetz und dem polizeilichen Umgang mit der Corona-Pandemie. Wir werden die einzelnen Punkte nun weiter ausarbeiten und sind nun gerüstet für die kommenden Debatten im Landtag.

Ein Thema, das im November bereits auf die Tagesordnung des Landtags kam, war die Frage danach, wo und wie Polizeibeamte Fehlverhalten von Kollegen melden können. Die Grünen fordern einen Polizeibeauftragten für den Freistaat Bayern, um rechtsextreme Umtriebe frühzeitig aufzuklären. Wir haben gegen diesen Vorschlag gestimmt, da das gute Ziel mit einem solchen Beauftragten nicht erreicht wird. Ich habe das in der Plenarsitzung begründet und konnte dabei vom Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern profitieren. Es zeigt sich nämlich, dass eine solche Stelle in den Bundesländern, wo sie geschaffen wurde, nicht den gewünschten Effekt hat. In Rheinland-Pfalz hatte der 2014 geschaffene Polizeibeauftragte bisher noch keine einzige Beschwerde über rechte Umtriebe und keine einzige Aussage eines Whistleblowers auf dem Tisch. Dazu kommt, dass Bayern bereits einige Anlaufstellen für Polizistinnen und Polizisten hat. Wir haben einen Bürgerbeauftragten, an den sich auch die Polizistinnen und Polizisten wenden können. Zusätzliche Anlaufstellen außerhalb der Polizei sind der Innenminister und die Abgeordneten. Der Vorschlag der Grünen wurde von der Mehrheit des Landtags abgelehnt. In dieser Debatte hat sich der Austausch mit anderen Bundesländern ausgezahlt, ich freue mich auf die kommenden.

SOZIS FÜR TIERE

von OGUZ AKMAN

Seit geraumer Zeit beschäftigen wir uns mit verschiedenen politischen Themen, die wir über mehrere Sitzungen hinweg besprechen, um einen tiefergehenden Einblick in diese politischen Feldern zu erhalten. Zuletzt haben wir uns mit dem wichtigen Thema der Umweltpolitik auseinandergesetzt.

Wir haben Stefan Sander von den „Sozis für Tiere“ zu einer unserer Montagsitzung eingeladen, um mit ihm über Tierrechte und die Fleisch- und Milchindustrie zu reden und wie das alles mit dem Klima zusammenhängt.

Was sind eigentlich die Sozis für Tiere?

Die Sozis für Tiere ist ein Verein (leider keine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD), der sich für einen progressiven Tierschutz einsetzt. Der traditionelle Tierschutz, so wie er noch aktuell praktiziert wird, ist nicht ausreichend um das Leid der Tiere, die sie in der Fleisch- und Milchindustrie erleiden, zu stoppen. Auch mit etwas größeren Käfigen, kür-

zeren Tötungswegen bleibt die Qual der Tiere erhalten, da der klassische Tierschutz das psychische und physische Wohl der Tiere nicht in den Mittelpunkt stellt.

Im Gegensatz zum klassischen Tierschutz möchte der progressive Tierschutz, den die „Sozis für Tiere“ vertreten, die Produktion und Tötung von Tieren für die Lebensmittelerzeugung gänzlich stoppen. Sie stellt die Alternativen zum Fleischkonsum in den Mittelpunkt, um dem eigentlichen Tierwohl – das Tier nicht zu töten - gerecht zu werden.

Laut der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) trägt die Produktion von Fleisch kräftig zum Anstieg der Treibhausgas bei. Rund 15% der weltweiten Treibhausgasemissionen stammen von der Haltung und Verarbeitung von Nutztieren ab. Viel zu oft wird bei Diskussionen rund um das Klima die Rolle der Fleisch- und Milchindustrie vernachlässigt, wenn nicht sogar gänzlich ausgeklammert.

Schaut man sich hierzu das Klimapaket der Bundesregierung an, das Ende 2019 vorgestellt wurde, so stellt man fest, dass der Bereich Tierhaltung im Klimapaket einen sehr kleinen Anteil der Maßnahmen ausmacht

und dass im Klimapaket eigentlich keine Maßnahmen im Bezug auf die Tierhaltung umgesetzt werden.

Vielmehr steht auch hier der klassische Tierschutz im Sinne des „Tierwohls“ im Mittelpunkt: „Fördermaßnahmen sollen mehr im Hinblick auf das Tierwohl ausgerichtet werden (s. auch der von der Bundesregierung vorgelegte Vorschlag für ein Tierwohllabel), unter Berücksichtigung der Umweltwirkungen und der Einsparungen von Emissionen.“ (S.13 Klimapaket).

Die Bundestagswahl 2021 wird bei vielen Themen, so auch beim Umwelt- und Tierschutz, entscheidend sein. Mit einer Union als Koalitionspartnerin werden wir bei vielen Themen stagnieren, umso wichtiger ist es den Menschen eine progressive Alternative zu einer Regierung unter der Führung der Union aufzuzeigen. Ich glaube, dass der erste Schritt für mehr Umwelt- und Tierschutz durch die Abwahl der Union getan wäre.

Viele Wörter, wenig Inhalt.

Wie Politik aussehen kann, die das Thema Tierschutz und Einsparung von Emissionen im Bereich der Fleischproduktion ernst nimmt, zeigt der Koalitionsvertrag der RRG Koalition in Bremen.

von ARIF TAŞDELEN und THOMAS HARTMANN

Arif Taşdelen informierte sich gemeinsam mit dem OV-Vorsitzenden und Digitalexperten Thomas Hartmann bei der Firma ISCUE in Johannis über die neuesten Entwicklungen der Embedded Software. „Die Firma ISCUE ist seit mehr als einem Jahrzehnt Spezialist für die Entwicklung von Embedded Software. Damit haben wir in Nürnberg einen einzigartigen Anbieter von High-Tech-Lösungen“, resümiert Taşdelen.

Embedded Software verrichtet weitgehend unsichtbar ihren Dienst in einer Vielzahl von Anwendungen, beispielsweise in Fahrzeugen als Spiegel-Ersatz durch Kameras und Monitore. Besonderes Know-how konnte die Firma ISCUE im Automotive-Bereich aufbauen - einer Branche, die sich nicht erst seit der Corona-Krise in einer großen Umbruchphase befindet. „Wir spüren deutlich die Verunsicherung im Markt. Automobil-Hersteller und Zulieferer-Firmen kämpfen um ihr Selbstverständnis. Nach Jahrzehnten uneingeschränkter Wachstums geht es momentan teilweise um die schiere Existenz“, sagt Ronald Zehmeister, bei ISCUE für den Vertrieb zuständig. Dennoch biete gerade das Umfeld der Mobilität das Potenzial für tiefgreifende Innovationen. Die Stichworte Vernetzung und Autonomes Fahren sowie die Debatte um die Antriebsart der Zukunft zeigten, dass ein Strukturwandel im Gange sei und dass auch weiterhin Wachstumsschübe möglich seien.



Von links nach rechts: Ronald Zehmeister, Cornelia Prietz und Michael Schmid (Firma ISCUE), Thomas Hartmann, Arif Taşdelen.

OB VERBRENNUNGSMOTOR, ELEKTRO ODER WASSERSTOFF – DIE MOBILITÄT DER ZUKUNFT WIRD EINGEBETTETE INTELLIGENZ BRAUCHEN –

ARIF TAŞDELEN UND THOMAS HARTMANN IM GESPRÄCH MIT DER FIRMA ISCUE

Thomas Hartmann ergänzt: „Die Vernetzung ist auch der Treiber in der Neuorganisation der industriellen Produktion, allerdings auf einer Ebene, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Stichwort „dezentrale Intelligenz“ – das Werkstück sagt der Maschine, welcher Bearbeitungsschritt als nächster ansteht und wie dieser auszuführen ist. Die Neuorganisation von Produktionsprozessen wird durch Embedded Systems erst möglich gemacht.“

„Mich macht stolz, dass wir als Firma in einem Nürnberger Hinterhof bei diesem Wandel als Treiber dabei sind und technologische High-End-Lösungen mit-ermöglichen“, sagt Cornelia Prietz, Mitgründerin von ISCUE. Jedoch sei der Bedarf an gut ausgebildeten Mitarbeiter*innen hoch, da Giganten wie Google oder Tesla mit ihren Standorten in Deutschland einen immer größeren Teil dieser Mitarbeiter*innen anziehen. „Es ist wichtig, dass der Wirtschaftsstandort Nürnberg regionalen High-Tech-Firmen ein attraktives Umfeld bietet. Dazu brauchen wir mehr denn je eine Fachkräfteinitiative. Die Politik muss regionalen Firmen unter die Arme greifen und durch Ausbildungsprogramme und Fachkräfteeinwanderung qualifizierte Mitarbeiter*innen zur Verfügung stellen“, stellt Taşdelen klar.

Thomas Hartmann ergänzt: „Die Vernetzung ist auch der Treiber in der Neuorganisation der industriellen Produktion, allerdings auf einer Ebene, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Stichwort „dezentrale Intelligenz“ – das Werkstück sagt der Maschine, welcher Bearbeitungsschritt als nächster ansteht und wie dieser auszuführen ist. Die Neuorganisation von Produktionsprozessen wird durch Embedded Systems erst möglich gemacht.“

„Mich macht stolz, dass wir als Firma in einem Nürnberger Hinterhof bei diesem Wandel als Treiber dabei sind und technologische High-End-Lösungen mit-ermöglichen“, sagt Cornelia Prietz, Mitgründerin von ISCUE. Jedoch sei der Bedarf an gut ausgebildeten Mitarbeiter*innen hoch, da Giganten wie Google oder Tesla mit ihren Standorten in Deutschland einen immer größeren Teil dieser Mitarbeiter*innen anziehen. „Es ist wichtig, dass der Wirtschaftsstandort Nürnberg regionalen High-Tech-Firmen ein attraktives Umfeld bietet. Dazu brauchen wir mehr denn je eine Fachkräfteinitiative. Die Politik muss regionalen Firmen unter die Arme greifen und durch Ausbildungsprogramme und Fachkräfteeinwanderung qualifizierte Mitarbeiter*innen zur Verfügung stellen“, stellt Taşdelen klar.

RRG- Koalitionsvertrag in BREMEN:

Erweiterung Verbandsklagerecht: Ergänzung um Anfechtungs- und Verpflichtungsklage

Landestierschutzbeauftragte: Schaffung der Stelle einer Landestierschutzbeauftragten

Landesveterinäramt stärken: Mehr Personal, Befugnisse und Material für regelmäßige und unangekündigte Kontrollen

Tierversuche: Beendigung des Tierversuchs in der Lehre und mehr

Ernährung: Pflanzliche Ernährungsangebote in allen öffentlichen Kantinen schaffen

Mensa: Fleisch- und Fischgerichte sollen deutlich reduziert werden

Jagd: Tierschutz bei der Jagd stärken

Fischerei: stärker kontrollieren

Bundesebene: Forderung nach Wildtierversuch in Zirkussen, strengere Regelungen für Tierversuche und ein Verbot von Exotenbörsen

Subventionierung: Streichung der Fischereisubvention. Kopplung der Subventionierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU an Tierschutzmaßnahmen



Sozis für Tiere

KEINE SPD-MAILS MEHR?

WAS TUN?

Falls ihr euch wundert, warum ihr keine Mails mehr von der SPD bekommt, dann liegt das möglicherweise daran, dass ihr euch durch Klick auf „hier alle Mails abbestellen“ unter einer SPD-Mail vom Mailversand abgemeldet habt. Das kann aus Versehen geschehen sein, oder bewusst zum Beispiel, weil ihr die Mails einer bestimmten Parteigliederung oder einen Newsletter nicht mehr erhalten möchtet.

Leider gilt diese Abmeldung dann automatisch für alle Mails, also auch für solche, die ihr eigentlich weiterhin bekommen möchtet, wie beispielsweise Einladungen zu Ortsvereinsitzungen.

> Was könnt ihr tun, wenn ihr wieder Mails bekommen wollt?

Ihr meldet euch in der SPD-Geschäftsstelle!

Die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen können euch dann wieder eintragen. Dazu brauchen sie aus Datenschutzgründen eure Zustimmung. Anschließend erhaltet ihr eine E-Mail zum Bestätigen. Diese E-Mail muss unbedingt durch euch persönlich bestätigt werden. Nach der Zustimmung wird die E-Mail-Adresse wieder für die zukünftigen Versendungen genutzt.

> Was könnt ihr tun, wenn ihr nur bestimmte Mails nicht mehr bekommen wollt?

Meldet euch auf spd.de unter „Mein Bereich“ an. Falls ihr noch nicht auf www.spd.de registriert seid, müsst ihr einen Account anlegen.

Dort könnt ihr unter „Meine Nutzerdaten“ unter „Kommunikation“ eure Mailadresse neu eingeben und bei „Meine Newsletterinteressen“ auswählen, welche Mails ihr erhalten möchtet und welche nicht. Klingt umständlich? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle sind euch gerne behilflich!



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

*Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
des Springenden Punktes
besinnliche Feiertage
und einen guten und vor allem gesunden
Start ins neue Jahr!*

Bitte beachten:
Das SPD-Büro ist vom
23.12. bis zum 8.1. geschlossen.



Aufgrund der weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen müssen auch im Dezember einige der geplanten Parteitermine ausfallen.

Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter www.spd-nuernberg.de.

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort



Liebe Leserinnen
und Leser der SPD-
Rathaus-Depesche,

Schade. Schade. Schade. Der Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2025 geht nach Chemnitz. Unser Bewerbungsbuch war gut und voller spannender Projekte. Der bisherige Bewerbungsprozess hat uns in Nürnberg in vielen Fragen der Stadtentwicklung weitergebracht, wichtige Impulse gesetzt und bereichernde Debatten angestoßen.

Nun müssen wir schauen, wie wir auf dieser wertvollen Arbeit aufbauen können. Kunst und Kultur werden deshalb auch weiterhin einen zentralen Stellenwert in unserer Stadtpolitik haben. Wir bleiben Kulturstadt – auch ohne Hauptstadttitel! Das wichtigste sind in dieser Krisenzeit die Menschen, die Kultur machen, die von dem, was sie leisten und darbieten, auch leben können müssen. Vor allem an diesem Maßstab wird sich die Kulturstadt in den nächsten Monaten messen! Für sie wollen wir uns als SPD-Stadtratsfraktion im Rathaus stark machen.

Ihr

Thorsten Brehm
Fraktionsvorsitzender

Stadthaushalt 2021 beschlossen – Investitionen in Nürnbergs Zukunft – Große Herausforderungen wegen Corona



Etatberatungen des Nürnberger
Stadtrats am 19.11.2020 zum
Haushalt 2021, Meistersingerhalle.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 19. November 2020 den Haushalt der Stadt Nürnberg für das Jahr 2021 beschlossen. Nach den zugehörigen Etatberatungen, die aufgrund der Corona-Pandemie in der Nürnberger Meistersingerhalle stattfanden, stimmte der Stadtrat mit großer Mehrheit dem Haushaltsentwurf zu. Für uns als SPD ist klar: Nürnberg ist eine liebens- und lebenswerte Stadt. Sie wird es auch nach Corona sein. Stark macht uns die gelungene Balance aus gesellschaftlichem Zusammenhalt, ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlichem Erfolg. Diese drei Erfolgssäulen stützt nun auch der Haushalt für das Jahr 2021, auch wenn die Stadt wegen der starken Corona-Finanzeinbußen, an vielen Stel-

len vor schmerzvollen Entscheidungen steht.

Als SPD setzen wir klare Schwerpunkte bei sozialer Sicherheit, Bildung und Chancengerechtigkeit, Klimaschutz, Kultur, Infrastruktur und einer Stadtentwicklung im Sinne der Menschen. Städtische Zuschüsse für die vielen engagierten Institutionen und Vereine in unserer Stadt, konnten wir trotz einer angespannten Haushaltslage stabil halten. Gleichzeitig übernehmen wir in schweren Zeiten verlässlich Verantwortung für die Stadt und ihre finanzielle Zukunft.

Die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2021 finden Sie unter www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de. >>

Der Haushalt der Stadt Nürnberg 2021 in Zahlen

Einnahmen und Ausgaben

> Den Einnahmen von 2,046 Milliarden Euro stehen 2,096 Milliarden Euro Ausgaben gegenüber. Im kommenden Jahr wird demnach mit einem Defizit von 50 Millionen Euro gerechnet.

> Die Stadt sieht sich mit starken Rückgängen ihrer Einnahmen konfrontiert u.a. ein Minus von 28 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer, ein 12 Millionen Euro Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen, die Abnahme der Umsatzsteuereinnahmen um 2,6 Millionen Euro und 2,1 Millionen Euro weniger bei der Einkommenssteuer.

Transferleistungen (761 Millionen Euro) sowie für Personal- und Versorgungsleistungen (700 Millionen Euro) vorgesehen.

> Im nächsten Jahr werden in der Stadtverwaltung 310 neue Stellen geschaffen. Die meisten davon entfallen auf Schulen sowie die Kinder- und Jugendbetreuung.

Die Investitionen der Stadt Nürnberg

> Im Jahr 2021 werden durch die Stadt wichtige Investitionen in Höhe von insgesamt 467 Millionen Euro getätigt. Die städtischen Eigenmittel betragen dabei 352 Millionen Euro.

Nürnbergers Ausgabenschwerpunkte

> Das meiste städtische Geld ist für soziale

Investitionen im Rahmen des „Mittelfristigen Investitionsplans“ sollen zwischen 2021 und 2024

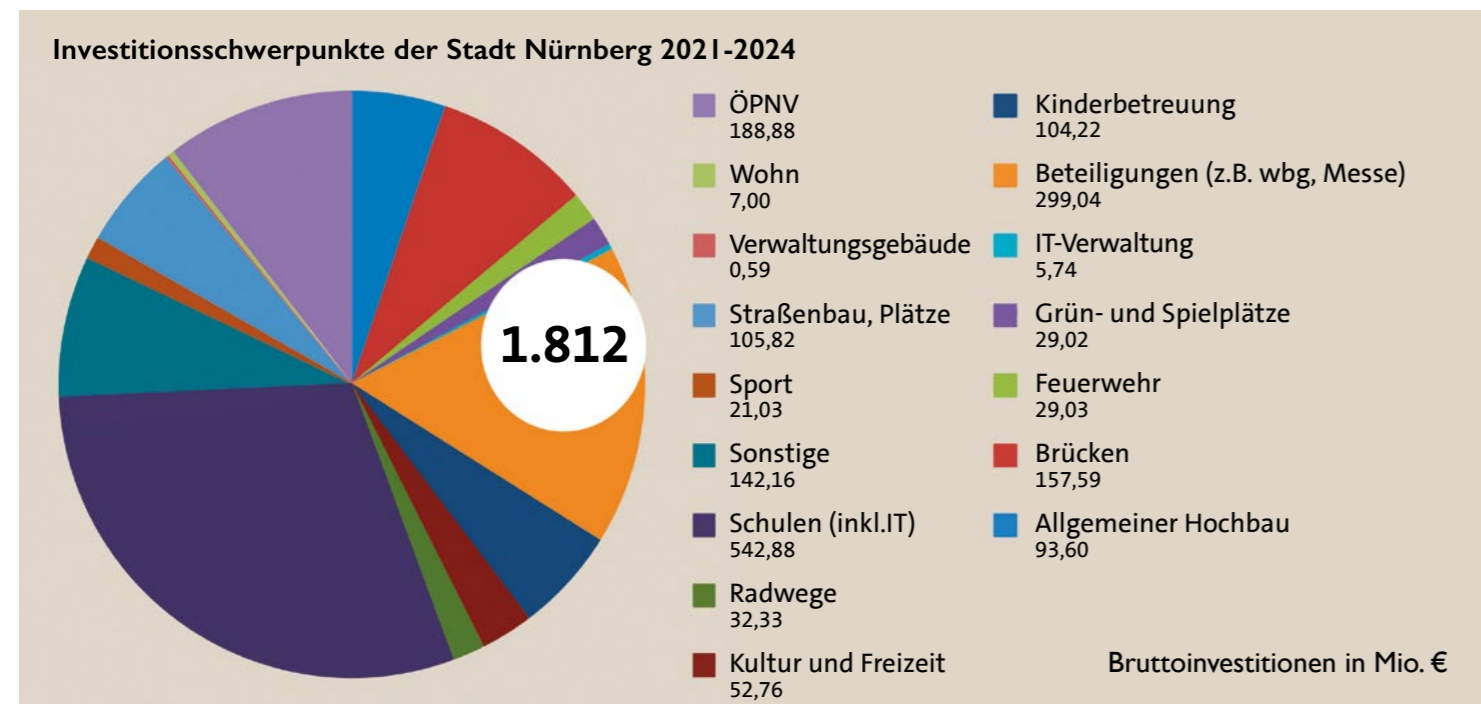
sogar 1,8 Milliarden Euro in die städtische Infrastruktur investiert werden. Der städtische Eigenanteil beträgt dabei 1,3 Milliarden Euro (siehe Abbildung unten).

Nürnbergers Schuldenstand

> Die Stadt Nürnberg verzeichnet 2021 eine Neuverschuldung von 200 Millionen Euro. In den Folgejahren ist wegen der Auswirkungen von Corona mit einer weiteren starken Zunahme zu rechnen. Die Gesamtverschuldung der Stadt Nürnberg erhöht sich 2021 auf die Rekordsumme von 1,75 Milliarden Euro.

Weitere Informationen:

Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



Arbeitsplätze sichern: Zulieferergipfel für die Metropolregion

Mit großer Sorge blickt die SPD auf die heimische Industrie und die damit verbundenen Arbeitsplätze in Nürnberg. Vor allem die Automobilzulieferer stecken in der Krise. Umso mehr sie vom Verbrennungsmotor abhängen, umso schlimmer trifft sie der Strukturwandel. Alleine im Nürnberger MAN-Motorenwerk stehen bis zu 1.300 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Sollten sich diese düsteren Prognosen bewahrheiten, wäre das ein harter Einschnitt für den Arbeitsmarkt und den Industriesektor in Nürnberg.

schaften und Politik gemeinsam Lösungsansätze erarbeiten sollen. Die Corona-bedingte Rezession verschärft den Transformationsprozess hin zu alternativen Antriebstechnologien. Es braucht deshalb dringend einen gemeinsamen Impuls der ganzen Region mit ihren vielen mittelständischen Unternehmen, um sich für die Zukunft zu rüsten. Nordbayern ist die Herzkammer der Zulieferer-Industrie. Von der Kraft zur Erneuerung hängen nun Tausende Arbeitsplätze ab.

Neben einem Bayerischen Mittelstands- und Transformationsfonds, der sich an Unternehmen in Not beteiligt, sollten dort auch Ideen für eine bessere Verzahnung von Unterneh-

men und Forschungseinrichtungen diskutiert werden. Im Bereich der Wasserstofftechnologie sind hier bereits erste Impulse gesetzt. Es geht aber auch vor allem darum, die Transformation sozial zu gestalten, Arbeitsplätze zu sichern und die Beschäftigten weiter zu qualifizieren. Das muss mit der Kurzarbeit verknüpft werden. Die SPD appelliert an die Konzernleitungen, nun keine Beschäftigten zu entlassen. Jetzt muss mutig in die Zukunft investiert werden, damit wir international nicht den Anschluss verlieren.

Weitere Informationen:

Thorsten Brehm;
spd@stadt.nuernberg.de



Regenbogen-Präludium und Reichsparteitagsgelände - SPD möchte Konzept für künstlerische Auseinandersetzungen

Das „Regenbogen-Präludium“ eines anonymen Künstlerkollektivs auf der Zeppelintribüne hat in Nürnberg eine lebhaft kulturpolitische Debatte angestoßen. Die SPD hat ihre Positionen zur Debatte um das Regenbogen-Präludium und dem Umgang mit dem Reichsparteitagsgelände in neun Punkten zusammengefasst (Sie finden diese unter www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de). Diese künstlerische Intervention war stark in Bild und Botschaft und schaffte es, viel an emotionaler Begeisterung auszulösen. Wir wollen die entfachte Debatte nun konstruktiv nach vorne treiben. Die 2004 vom Stadtrat einstimmig verabschiedeten „Leitlinien/Leitgedanken zum künftigen Umgang der Stadt Nürnberg mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände“ haben im Großen und Ganzen an Aktualität nichts verloren. Sie setzen einen geeigneten Rahmen für den Umgang mit dem Gelände. Punktuell müssen sie aber weiterentwickelt werden.

Aufbauend auf den Leitlinien braucht es nach Meinung der SPD ein Umsetzungskonzept, das diese auch mit Leben füllt. Insbesondere für die „angestrebten künstlerischen Auseinandersetzungen“ gab es

ehrlischerweise bisher kein Konzept und keine finanziellen Mittel. Hier blieb die Stadt unter ihren Möglichkeiten und hätte losgelöst vom Bewerbungsprozess für die Kulturhauptstadt 2025 schon eher mehr tun können. Zuletzt kam immer wieder Kritik auf, dass die Stadt hier Ideen eher ausbremst. Ergänzend zur musealen und pädagogischen Arbeit braucht es deshalb endlich ein kuratiertes Programm für temporäre künstlerische Aktionen und Nutzungen. Damit bekommt auch die gesellschaftliche Debatte, welche Form von Kunst dort ermöglicht werden soll und wer dies wie legitimiert, einen Rahmen.

Es ist klar, dass man sich auch weiterhin mit dem architektonischen Erbe der Nationalsozialisten befassen muss. Das Doku-Zentrum mit dem Studienforum ist der bisherige Nukleus für die Auseinandersetzung mit dem Reichsparteitagsgelände und der NS-Zeit. Wir wollen diesen Nukleus weiterentwickeln und nicht nur das Museum als Lernort erweitern und stärken. Integraler Bestandteil dieses Lernorts ist die Zeppelintribüne, für deren Erhalt, Trittfeirmachung und historisch-politische Bildung vor Ort wir uns weiterhin stark machen.



Michael Ziegler, Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion an der Zeppelintribüne.

Die SPD will zudem auch ohne Kulturhauptstadt-Titel an der Idee festhalten, die Kongresshalle zu einem Ort für Kunst und Kultur zu machen. Für das Gebäude verbunden mit dem Innenhof braucht es ein Gesamtkonzept, das auch ein solides Finanzierungsmodell beinhaltet. Dazu sollte ein internationaler Ideenwettbewerb ausgelobt werden, der Anregungen für die zukünftige Nutzung und Ausgestaltung der Kongresshalle gibt.

Weitere Informationen:

Michael Ziegler;
spd@stadt.nuernberg.de



Impressum

Herausgeber:

SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

Verantwortlich:

Thorsten Brehm

Redaktion:

Michael Arnold, Thorsten Brehm

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895



Notschlafstellen für Obdachlose – Unterstützung von Bedürftigen

Die Kapazitätserweiterung von Notschlafstellen und die Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten für Obdachlose wird seit mehreren Jahren von der SPD-Stadtratsfraktion verfolgt. Die Bedarfssituation hat sich aufgrund der Corona-Pandemie noch weiter verschärft. Bisher scheiterte die Ausweitung an einem geeigneten Standort. Die SPD freut sich, dass es der Sozialreferentin Elisabeth Ries (SPD) im Oktober gelungen ist, eine mögliche Lösung mit einem Standort in der Dianastraße zu finden und in einen ganzjährigen Betrieb zu gehen.

Die Lösung kommt gerade rechtzeitig, denn besonders in Zeiten der Pandemie und wegen der kalten Jahreszeit müssen wir Lösungen für obdachlose Menschen suchen und dürfen Sie nicht alleine lassen. Mit dem nun vorliegenden Vorschlag kann die Stadt Nürnberg nun eine ganzjährige Versorgung sicherstellen.

Mit neuen Angeboten vor Ort wurde nun, in Kombination mit einer neuen Notschlafstelle für 105 Personen, für die Betroffenen Sicherheit und ein qualitativer Sprung erreicht. Für den Winter stehen die Schlafkapazitäten bereits in vollem Umfang zur Verfügung. Das komplette Angebot der „2. Wärmestube“ als Tagestreff wird spätestens im Frühjahr bereitstehen – bis dahin erfolgt im Interimsbetrieb eine Grundversorgung.

Der neue Standort für Obdachlose ist ein wichtiger Beitrag zum sozialen Netz, das die Stadt spannt, um die Schwächsten der Gesellschaft aufzufangen. Nun hofft die SPD, dass der Standort gut angenommen wird und das neue Angebot die bisherige Lücke schließt.

Weitere Informationen:

Diana Liberova;
spd@stadt.nuernberg.de



Wege zum emissionsfreien Taxiverkehr – Konzept für Nürnberg

Auch Nürnberg steht vor der Herausforderung die Mobilitätswende mitzugestalten. Dabei liegt ein Fokus auf der Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsangebote in unserer Stadt. Im weit gefächerten Segment des ÖPNV spielen dabei auch die Taxiverkehre eine wichtige Rolle. Mit aktuell 495 Fahrzeugen und einer genossenschaftlich organisierten Taxizentrale tragen diese ebenfalls zu einem verlässlichen Mobilitätsangebot rund um die Uhr in Nürnberg bei.

Die Taxibetreiber*innen sind in der aktuellen Situation mit einer Vielzahl an Problemen konfrontiert. So stehen finanzielle Einbußen

wegen der Corona-Pandemie, der Einführung neuer Wettbewerbsregeln sowie einem weiteren Digitalisierungsbedarf bei Vermittlung und Abwicklung gegenüber. Eine zusätzliche Herausforderung stellt außerdem die Entwicklungslinie hin zu umweltschonenderen Mobilitätsangeboten dar, bei dem die Taxibetriebe ebenfalls unterstützt werden sollten.

Mit seinen Fahrzeugen kann das Taxigewerbe einen Beitrag zur Emissionsreduzierung (z.B. durch verstärkte Nutzung von Elektromobilität) leisten. Hierbei ist allerdings konkrete Unterstützung geboten (z.B. mit Elektro-Schnell-Lade-

möglichkeiten an Taxiwarteplätzen). Gelingen kann das aber nur, wenn Taxiunternehmen, die Stadt Nürnberg und die städtischen Tochterunternehmen Hand in Hand zusammenarbeiten.

Aus diesem Grund haben wir als SPD, mit den Fraktionen von CSU und Grünen, eine gemeinsame Initiative gestartet: Wir möchten, dass die Stadtverwaltung bis Mitte 2021 ein Konzept erarbeitet, wie der Taxiverkehr in unserer Stadt emissionsfrei funktionieren kann. Bei diesen Planungen müssen aber die Taxizentrale selbst, die N-ERGIE und ggf. weitere geeignete städtische Beteiligungsunternehmen unbedingt einbezogen werden.

Weitere Informationen:
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

FÖRDERMITTEL FÜR NÜRNBERGER KULTUR SICHERN

Die Kunst- und Kulturszene kämpft mit den existenzbedrohenden Auswirkungen der Corona-Pandemie. Einige lokale Kultureinrichtungen können nicht einmal mehr die notwendigen Eigenmittel aufbringen, die man für Zuschüsse aus Land und Bund benötigt. Um zu verhindern, dass Nürnberger Kulturinitiativen bei der Vergabe von Landes- und Bundesfördermitteln leer ausgehen, hat die SPD einen Antrag an die Stadtverwaltung gestellt. So soll die finanzielle Unterstützung von lokalen Kunst- und Kultureinrichtungen durch die Stadt ermöglicht werden, wenn nachvollziehbar Eigenmittel zur Beantragung von bestehenden Bundes- und Landesförderungen nicht mehr selbst erbracht werden können.

NEUES ICE-WERK BEI NÜRNBERG - SPD WILL TRANSPARENZ BEI STANDORTWAHL

Nürnberg ist ein starker Bahnstandort. Wir freuen uns, dass die Deutsche Bahn vor kurzem angekündigt hat, ein neues ICE-Werk im Nürnberger Raum errichten zu wollen. Damit gibt die DB ein klares Standortbekenntnis ab und würde viele neue Arbeitsplätze schaffen. Der dabei verkündete und favorisierte Standort bei Fischbach ist aber mehr als heikel, weil viele Hektar Wald geopfert werden müssten. Jeder Baum ist wertvoll. Die Bahn muss deshalb eine Transparenz- und Informationsoffensive starten und erklären, warum die neuen Werkshallen ausgerechnet dort und nicht an einer anderen Stelle errichtet werden müssen. Zudem fordern wir als SPD auch über ökologischen Ausgleichsmaßnahmen zu informieren. Es ist wichtig, dass bei einem solch großen Projekt alle Betroffenen mitgenommen werden und sich am Prozess beteiligen können.

KOMMUNALES WAHLRECHT FÜR ALLE NÜRNBERGER*INNEN

Nürnberg ist vielfältig an Lebensentwürfen und Familiengeschichten. Viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte leben zum Teil seit mehreren Generationen in unserer Stadt, prägen sie mit, ziehen hier ihre Kinder groß, arbeiten, tragen bedeutend zur Wertschöpfung bei und zahlen Steuern. Von ihnen dürfen bisher nur Bürger*innen mit dem Pass eines EU-Staates bei Kommunalwahlen mitentscheiden. Wir wollen, dass dieses Recht für alle Menschen gilt, die sich als Teil der Stadtgesellschaft langfristig bei uns niedergelassen haben. Als SPD möchten wir deshalb erreichen, dass der Stadtrat die Staatsregierung dazu auffordert, hierfür die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Der Einräumung des Wahlrechts sollte, wie in anderen Ländern auch, eine mehrjährige Wohnhaftigkeit in Deutschland als Voraussetzung zugrunde gelegt werden.

FAHRRADWEGE IN NÜRNBERG BELEUCHTEN

Wir wollen, dass viele Menschen zur Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel, wie dem Fahrrad, ermutigt werden. Vor allem Radpendler*innen, die frühmorgens längere Strecken fahren, oder auch Gelegenheits-Radler*innen, die in der dunkler werdenden Jahreszeit am Abend nach Hause fahren, bewegen sich allerdings häufig im Dunkeln. Aus diesem Grund fordern wir die Stadtverwaltung per Antrag dazu auf, eine durchgängige Beleuchtung wichtiger Radverkehrsachsen in Nürnberg zu prüfen. Im Sinne von Ressourcenschonung, Nachtruhe sowie Arten- und Insektenschutz, sollen dabei solche Beleuchtungsmöglichkeiten im Vordergrund stehen, die einen möglichst geringen Eingriff in das Radwegumfeld darstellen (bspw. durch die Verwendung von Bewegungsmeldern).

GEWERBEHOF FÜR KLEINE UND MITTLERE HANDWERKSBEREIBE

Gerade für Handwerksbetriebe sowie kleinere und mittlere Betriebe aus dem produzierenden und verarbeitenden Gewerbe wird es zunehmend schwieriger bezahlbare Flächen in Nürnberg zu finden. Als SPD fordern wir deshalb gemeinsam mit der CSU in einem Antrag, dass die Stadtverwaltung die Umsetzung eines Gewerbehofs nach Münchner Vorbild auf städtischen Grund prüft und plant. Auf diese Weise können diesen Betrieben Mietflächen zu günstigen Konditionen angeboten werden. Für die Unternehmen wird so ein Anreiz gesetzt, nicht ins Umland abzuwandern, sondern in Nürnberg zu bleiben.

VERLÄNGERUNG DER RINGBUSLINIE IN LANGWASSER

Viele Menschen sind darauf angewiesen mit öffentlichen Verkehrsmitteln an die Innenstadt angebunden zu sein. So sind gerade ältere Menschen wegen fehlender Einkaufsmöglichkeiten in ihren Stadtteilen davon abhängig, sich auf kurze Wege zur nächsten Haltestelle verlassen zu können. Nicht jede/r hat ein Auto, möchte es benutzen oder kann sich ein Taxi leisten. Auch im Stadtteil Langwasser stellt sich dieses Problem für viele Menschen. Aus diesem Grund lassen wir als SPD nun prüfen, ob die Buslinie 56, die zwischen dem Busbahnhof Langwasser Mitte und dem Klinikum Süd pendelt, vom Klinikum, eine Schleife über die Gleiwitzer Straße, die Liegnitzer Straße (Langwasser Süd) und die Breslauer Str. zum Busbahnhof (Langwasser Mitte) fahren und auch gegenläufig bedient werden kann.